

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 21/23-27) des Beirates Neustadt

am Donnerstag, den 25.09.2025,

in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz, Schulstraße 24, von 19:00 bis 21:12Uhr

Anwesend:

Ulrike Heuer (ab 19:24)

Christian Kok

Lars Köke

Gabriele Mahro

Vibke Martens

Anke Maurer (bis 21:03)

Marlin Meier

Janne Müller

Colin Nolte

Johannes Osterkamp

Azalea Rahman (bis 20:55)

Martina Tallgauer-Bolte

Fehlend: Anita Ipach (e), Britta Schmidt (e), Udo Schmitz (e), Kai Stührenberg (e), Marcus Tödtheide (e), Renee Wagner

Referent:innen: Jost Blankenhagen (Die Bremer Stadtreinigung)

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Fionn Heinemann

Protokoll: Viktoria Hochlan (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher, BV = Beschlussvorschlag, DBS = Die Bremer Stadtreinigung, OA = Ortsamt, KOA = Koordinierungsausschuss, SL = Sitzungsleitung

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

• Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

- Eine Bürgerin der Bürgerinitiative Hohentorspark erkundigt sich, ob der Container am Hohentorspark im März 2026 abgebaut werde und wie der aktuelle Stand sei. Sie weist darauf hin, dass der Beirat dies im vergangenen Jahr zugesagt habe.
Die SL führt aus, dass der nächste Runde Tisch zu diesem Thema am 25.11.25 stattfinde. Das Thema stehe weiterhin auf der Agenda des Beirates, und es werde intensiv an der Umsetzung des Ziels gearbeitet.
- Ein Bürger erkundigt sich, ob im Kirchweg eine Spielhalle entstehen solle.
Die SL teilt mit, dass der Beirat hierzu keine Kenntnis habe. Sollte ein entsprechender Antrag gestellt worden sein, müsse der Beirat um eine Stellungnahme gebeten werden. Da bislang keine Kenntnis bestehe, sei auch kein Antrag eingegangen.
- Ein Bürger weist darauf hin, dass in der Theodor-Storm-Straße sehr schnell gefahren werde. Er betont, dass es sich dabei um einen Schulweg handle und die Situation daher besonders kritisch sei.
Die SL erklärt, dass Geschwindigkeitskontrollen von der Polizei durchgeführt würden. Das Ortsamt gebe den Hinweis an die Polizei weiter. Er bittet die anwesenden Bürger:innen außerdem, solche Beobachtungen ebenfalls direkt an die Polizei zu melden.
- Ein Bürger erkundigt sich, warum andere Ortsämter über mobile Geschwindigkeitsmesstafeln verfügten, die regelmäßig umgesetzt würden, dies in der Neustadt jedoch nicht der Fall sei. Der BS erläutert, dass die ursprüngliche Idee des Beirates gewesen sei, besonders betroffene Straßen mit Blitzern auszustatten. Da feste Blitzeranlagen jedoch sehr kostenintensiv seien, würden an besonders betroffenen Stellen mobile Geschwindigkeitsmesstafeln eingesetzt. Die Standorte seien in Abstimmung mit der Polizei festgelegt worden. Die dort erhobenen Daten dienten als Grundlage für die Umsetzung weiterer Maßnahmen. Der Hinweis werde zudem im KOA erneut beraten.

Ein BM von DIE LINKE ergänzt, dass am Menkenmarkt inzwischen ein Zebrastreifen eingerichtet worden sei. Das Problem sei dem Beirat bekannt, und er habe bereits im Rahmen seiner Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen ergriffen.

- **Berichte der Beiratssprecher**

- Der BS weist darauf hin, dass am Samstag, den 27.09.2025, die Frauen des ATS Buntentor in der zweiten Runde des DFB-Pokals gegen den VfL Wolfsburg spielen würden. Der Anpfiff sei um 13:00 Uhr. Es sei ein großes Rahmenprogramm geplant, und die Bürger:innen sollten zahlreich erscheinen. Er betont, dass es noch Karten zu kaufen gebe.
- Der BS berichtet, dass die Beirätekonzferenz in ihrer Sitzung am 15.09.25 darüber abgestimmt habe, die Themen „Einrichtung von Schulstraßen“ sowie „Finanzierung der Drogenhilfestrategie“ als Anträge an die Stadtbürgerschaft zu überweisen.
- Darüber hinaus erwähnt der BS, dass das Mähen der Wasserpest im Werdersee begonnen habe. Nähere Informationen würden unter TOP 5 erfolgen.
- Der BS informiert, dass der Prozess zur Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der Umbenennung der Langemarckstraße laufe. Kürzlich sei hierzu eine Moderation vereinbart worden. Der Beirat befinde sich mit allen Parteien im Gespräch, um möglichst sämtliche Argumente in die Planung der Bürgerbeteiligung und in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.
- Der BS berichtet, dass der Schulhof der Grundschule Oderstraße wieder geöffnet sei. Fast ein Jahr habe dieser wegen der Beseitigung von Schadstoffbelastungen im Sand gesperrt werden müssen. Der Beirat habe sich für eine schnelle Erneuerung eingesetzt. Nun sei der Schulhof wieder bespielbar.
- Der BS berichtet von einem Termin in der vergangenen Woche mit der Umweltsenatorin und dem Staatssekretär zur Umgestaltung der Delmestraße. Für den Umbau zu einer sogenannten „Klimastraße“ stünden knapp 2 Mio. Euro aus dem Förderprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ zur Verfügung. Dies umfasse auch Baumpflanzungen und die Anlage eines neuen Radwegs. Die Bürgerinitiative zu den Baumpflanzungen in der Delmestraße werde in den Prozess einbezogen. Ein erstes Treffen sei in Vorbereitung.
- Der BS erklärt, dass der Beirat vor einiger Zeit gemeinsam mit dem Verein „Erinnern für die Zukunft“ mehrere Stelen für Denkmale installiert habe. Kürzlich seien vier dieser Stelen mit rechtsextremem Hintergrund verunstaltet worden. Er betont, dass für derartiges Verhalten in der Neustadt kein Platz sei. Unter TOP 6 würden durch den Beirat daher Mittel bereitgestellt, damit die Stelen wieder instandgesetzt werden könnten.

- **Berichte des Amtes**

- Die SL teilt mit, dass nun das Datum des SummerSounds 2026 feststehe. Es solle vom 05.-07.06.26 wie üblich in den Neustadtswallanlagen stattfinden und diese erneut zu einem lebendigen Begegnungsort verwandeln.

TOP 3. Bericht aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser

Eine Vorsitzende des Regionalausschusses berichtet von der Sitzung am 11.09.25. Anwesend seien Frau Dr. Dreizehnter, Geschäftsführung der Gesundheit Nord gGmbH (GENO), Frau Wiedermann vom Hanse Institut Oldenburg gGmbH sowie zwei Vertreter:innen der Senatorischen Behörde für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz gewesen.

Es sei über die Fusion des Klinikums Links der Weser mit dem Klinikum Bremen-Mitte sowie über den Sachstand zum geplanten Medizinischen Versorgungszentrum berichtet worden.

Frau Dr. Dreizehnter habe ausgeführt, dass Praxen für Augenheilkunde, Gynäkologie und Anästhesie bereits vorhanden seien. Eine proktologische Praxis sei ebenfalls terminiert, die Umzugsplanungen hierfür hätten bereits begonnen. Eine weitere konservative Gynäkologie komme hinzu.

Der Erwerb weiterer Fachbereiche erfolge unter Prüfung vorhandener Kassensitze. Frei seien derzeit nur hausärztliche Sitze, um die die GENO sich nicht bewerbe. Der Versuch, eine gastroenterologische Praxis zu etablieren, habe sich zerschlagen. Hausärztliche Versorgung werde es am Standort dem aktuellen Stand nach nicht geben. In der Alfred-Faust-Straße habe sich jedoch eine Gemeinschaftspraxis für Allgemeinmedizin niedergelassen.

Zu den Finanzen habe Frau Dr. Dreizehnter berichtet, dass das operative Defizit seit 2020 bereits halbiert worden sei. Innerhalb der kommenden vier Jahre werde eine schwarze Null angestrebt, die jedoch erst mit einer erfolgreichen Fusion erreicht werden könne.

Das geplante Medizinische Versorgungszentrum für Nachsorge solle durch ein Tochterunternehmen der GENO getragen werden und damit nicht kommunal verwaltet sein. Auf Nachfrage des Betriebsrates zur Entlohnung der Mitarbeitenden habe Frau Dr. Dreizehnter erklärt, dass alle tarifgebunden entlohnt würden.

Hinsichtlich der Verteilung der kassenzahnärztlichen Sitze habe die GENO keine Primärzuweisungen erhalten. Sie bewerbe sich derzeit intensiv für Kassensitze im Bereich der Kinderärzte, was noch in der Schwebe sei.

Gerüchten, dass eine Kardiologie am Standort Links der Weser erhalten bleibe, sei widersprochen worden. Sämtliche kardiologische Einrichtungen würden nach Bremen-Mitte verlagert. Reha-Angebote blieben voraussichtlich am Standort Links der Weser und hätten sich bereits positiv entwickelt.

Eine Vertreterin der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz habe ergänzt, dass im Bereich Links der Weser bereits etablierte Gesundheitsfachkräfte niedergelassen seien. Geplant sei die Entwicklung weiterer Gesundheitspunkte und -zentren, ein zweiter Standort im Bremer Süden sei vorgesehen. Der Schwerpunkt solle auf der Versorgungsberatung liegen. Eine direkte medizinische Versorgung sei dort nicht vorgesehen, jedoch sei eine Kooperation mit Arztpraxen ausdrücklich erwünscht. Der jetzige Aufbau sei so gestaltet, dass eine spätere Erweiterung möglich sei.

Besonders betont habe die Vertreterin die Frage der Notfallversorgung. Diese könne nur mit der Infrastruktur eines bestehenden Krankenhauses gewährleistet werden. Das Thema solle in der nächsten Sitzung am 08.12.25 mit einem Notfallmediziner behandelt werden.

Abschließend habe die Vorsitzende berichtet, dass der Beirat Huchting den Beschluss gefasst habe, nicht länger am Regionalausschuss Klinikum Links der Weser teilzunehmen. Nach einem Gespräch sei vereinbart worden, den Fokus des Ausschusses stärker auf die Nachnutzung des Klinikums zu legen und den Raum für Diskussionen zum Erhalt des Hauses einzuschränken. Folglich bleibe der Beirat Huchting im Regionalausschuss vertreten.

TOP 4. Neue Entsorgungscontainer-Standorte in der Neustadt

Zu diesem TOP hat Herr Blankenhagen eine [Präsentation](#) vorbereitet. Es werden folgende Standorte als mögliche Standorte für DBS-Entsorgungscontainer beraten:

- Bochumer Straße, Verkehrsinsel, Höhe Hausnummer 42
- Niedersachsendamm, Parkstreifen, Höhe Hausnummer 39
- Buntentorsteinweg, Parkstreifen, Höhe Hausnummer 67
- Osterstraße, Parkstreifen, gegenüber der Piepe
- Ecke Neuenlander Straße / Delmestraße

Ein BM von DIE PARTEI betont, dass es in der Neustadt weiterhin zu wenige Standorte gebe. Fraktions- und bürgerübergreifend müsse ein Konsens erzielt werden, dass weitere Standorte geschaffen werden, um insbesondere mobilitätseingeschränkten beziehungsweise Personen ohne PKW eine wohnortnahe Entsorgung von Altglas zu ermöglichen.

Ein BM von B90/DIE GRÜNEN fragt, ob die hohe Leerungsfrequenz der Container auf eine generelle Unterversorgung hindeute.

Herr Blankenhagen erklärt, dass er davon ausgehe. Ziel sei es nicht, zusätzliche Wege zu schaffen, sondern bestehende Alltagswege zu nutzen, um Glas zu entsorgen. Daher seien die Standorte multimodal ausgewählt worden – für Fußgänger:innen, Rad- und Autofahrende gleichermaßen.

Ein weiteres BM von B90/DIE GRÜNEN erkundigt sich, ob Container bei Bedarf häufiger geleert würden, etwa während der Kohlfahrten-Saison.

Herr Blankenhagen erläutert, dass die Leerung bedarfsgerecht erfolge. Saisonale Spitzen wie Silvester oder Kohlfahrten würden berücksichtigt.

Ein BM von DIE LINKE fragt, ob Unterflurcontainer geprüft worden seien.

Herr Blankenhagen antwortet, dass es Unterflurcontainer ausschließlich auf Privatgrund gebe. Im öffentlichen Raum verhinderten jedoch Leitungen oder Wurzeln eine Umsetzung. Bei Neubauquartieren wünsche die DBS dieses Modell und stehe dazu regelmäßig mit dem Bauressort im Austausch.

Der BS stellt klar, dass es an den diskutierten Standorten ausschließlich Glascontainer geben werde. Herr Blankenhagen bestätigt, Kleidercontainer seien zunächst nicht vorgesehen, da diese häufig zu massiver Vermüllung führten. Beschwerden über die Zweckentfremdung der Glascontainer und der Flächen Drumherum als Müllbehälter seien bekannt, die Standorte würden mindestens einmal wöchentlich, teilweise sogar sechsmal wöchentlich gereinigt und geleert.

Ein Bürger äußert die Sorge, dass Entrümpelungsfirmen ihren Müll an den Containern abstellen würden. Dadurch seien diese ständig überfüllt. Zudem seien die Beschriftungen unverständlich, hier brauche es Piktogramme und mehrsprachige Hinweise.

Herr Blankenhagen bestätigt, dass die Problematik bekannt sei. Bremen arbeite an Verbesserungen, zudem könne jede:r Bürger:in Missstände über [den Mängelmelder](#) melden.

Ein weiterer Bürger kritisiert, dass der Beirat im vergangenen Jahr zwar beschlossen habe, die Container in der Theodor-Storm-Straße abzuschaffen, dies aber bis heute nicht umgesetzt worden sei. Die SL stellt klar, dass der Beirat dem Standort ursprünglich zugestimmt habe, den Beschluss zur Entfernung aber aufgrund der hohen Beschwerdelage gefasst habe. Die DBS habe Widerspruch eingelegt, da Containerstandorte dringend benötigt würden. Daraufhin sei man in den Dialog gegangen und nun sei Herr Blankenhagen in der Sitzung, um neue Standorte sowie das weitere Verfahren in Hinblick auf den Standort in der Theodor-Storm-Straße abzustimmen.

Ein BM von DIE PARTEI fordert mehr Glascontainer, die fußläufig erreichbar seien. Die bestehenden Standorte, etwa in der Schulstraße, seien überlastet und daher stark vermüllt. Er befürworte das Anliegen von DBS und Herrn Blankenhagen.

Der BS verweist auf die geplanten „Mülldetektive“ der DBS, die illegale Müllablagerungen verfolgen und Bußgelder verhängen sollen. So könne man einer Begleiterscheinung der Containerstandorte Rechnung tragen. Er betont auch, dass nur durch mehr Standorte der Druck auf bestehende Container verringert werden könne.

Eine Bürgerin kritisiert Lärm und den Wegfall von Parkplätzen in der Neuenlander Straße. Eine weitere Bürgerin schlägt die andere Straßenseite zum Aufstellen von Entsorgungscontainern vor.

Herr Blankenhagen erklärt, dass der Standort mit Polizei und Amt für Straßen und Verkehr geprüft worden sei. Aufgrund technischer Vorgaben (Verbot des Hebens schwebender Lasten über Geh- und Radwege) könne der Standort nicht auf die andere Straßenseite verlegt werden.

Eine Bürgerin äußert Bedenken zum Standort Osterstraße, da sie dort ein Café mit Außensitzfläche betreibe. Eine weitere Bürgerin ergänzt, dass Patient:innen der von ihr geführten Praxis gefährdet seien, wenn Container zu nah am Fußgängerüberweg aufgestellt würden. Sie hätten Unterschriften

von Mitarbeiter:innen des RKK gesammelt, die gegen die Aufstellung der Glascontainer in der Osterstraße seien.

Herr Blankenhagen verweist auf Gespräche mit dem Rotes-Kreuz-Krankenhaus bzgl. möglicher Einschränkungen der Notfallversorgung durch das Aufstellen der Glascontainer. Hier sei die Rückmeldung erfolgt, dass dies als nicht problematisch betrachtet werde. Er betont außerdem, dass Container auf Parkstreifen stünden und die Sichtverhältnisse für querende Fußgänger:innen nicht stärker einschränkten als parkende Autos. Zudem seien Nachjustierungen jederzeit möglich.

Ein BM von DIE LINKE regt an, die Container an der Recycling-Station Hohentor besser zugänglich zu machen, indem der Zaun hinter den Containern entlanggeführt werde. So könne in diesem Ortsteil die Versorgung einfach und kostengünstig gewährleistet sein.

Herr Blankenhagen nimmt diesen Hinweis auf.

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass sich beim EDU-Center bereits Entsorgungscontainer befänden, die nach ihrer Erfahrung nie voll seien. Damit sei aus ihrer Sicht die Versorgung des Ortsteils Neuenland ausreichend gewährleistet, ein zusätzlicher Standort in der verkehrsberuhigten Bochumer Straße daher nicht erforderlich. Außerdem befänden sich in dieser Straße keine Abfallbehälter, sodass für anfallenden Müll keine Entsorgungsmöglichkeiten bestünden.

Herr Blankenhagen erklärt, dass es sich beim EDU-Center um Privatgelände handele, für das die DBS nicht zuständig sei. Eine dauerhafte Versorgung könne dort nicht garantiert werden. Ein Standort weiter vorne in der Bochumer Straße sei zudem aus technischen Gründen nicht möglich.

Die SL ergänzt, dass das OA den Hinweis zu den Abfallbehältern in die nächste KOA-Sitzung mitnehmen werde.

Ein Bürger schlägt die Einführung einer grünen Tonne für Glas vor. So werde es in Niedersachsen bereits praktiziert und man könne von Glascontainern absehen.

Auch dieser Hinweis wird vom OA und der DBS aufgenommen.

Ein Bürger kritisiert die Reinigung, vor allem am Standort Schulstraße.

Herr Blankenhagen betont, dass die Reinigung gerade an diesem Standort sehr intensiv und häufig erfolge und die Standorte besenrein hinterlassen werden müssten. Sollte dies in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen sein, so nehme er diesen Hinweis gerne mit.

Die SPD-Fraktion stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung nach § 5 Abs. 4 Geschäftsordnung des Beirates Neustadt. Ein Mitglied der Fraktion teilt mit, dass sie die Schließung der Rednerliste beantrage, da bereits seit 38 Minuten über diesen TOP debattiert werde. Die SL stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss: Der Beirat Neustadt beschließt die Schließung der Rednerliste zur Debatte um potenzielle Standorte für Entsorgungscontainer in der Neustadt. (einstimmig bei einer Enthaltung)

Die SL fährt anschließend mit der Abarbeitung der nun geschlossenen Rednerliste fort.

Eine Bürgerin schlägt den Standort am BSAG-Haus (Gleichrichterwerk an der Pieve) als Alternative zur Osterstraße vor.

Herr Blankenhagen erläutert, dass dieser Vorschlag von der Grünordnung abgelehnt worden sei, da der Parkplatz in eine Grünfläche überführt werden solle.

Der BS betont abschließend, dass extrem widerstreitende Interessen aufeinandertreffen würden. Der Handlungsdruck sei hoch, die Liste möglicher Standorte sei begrenzt, und Entscheidungen müssten getroffen werden, auch wenn sie nicht allen gefielen. Wichtig sei, dass illegale Müllablagerungen konsequent verfolgt würden. Er dankt allen für die respektvolle Debatte.

Ein BM von DIE LINKE hebt hervor, dass der Beirat sich seit vier Jahren intensiv mit dem Thema befasse. Angesichts des Unmuts müsse man sich auf einer höheren Ebene mit der Debatte auseinandersetzen. Dies sei nun die Aufgabe des Beirates. Sie verliest den Beschlussvorschlag.

Ein BM der SPD-Fraktion stellt einen Änderungsantrag nach § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Beirates Neustadt. Sie bittet darum, über die potenziellen Standorte für Entsorgungscontainer einzeln zu beraten und beschließen.

Ein Mitglied von DIE PARTEI argumentiert dagegen, dass er in den vergangenen Monaten mitbekommen habe, wie umfangreich sich die Vorarbeit bis zur Entstehung eines Containerstandortes gestalte. Er verstehe alle vorgebrachten Einwände. Jedoch werde jeder Standort noch einmal evaluiert, weshalb er sich wünsche, alle Standorte gemeinsam zu beschließen.

Die SL stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Beschluss: Der Beirat Neustadt beschließt, über die potenziellen Standorte für Entsorgungscontainer in der Neustadt einzeln zu beraten und beschließen. (2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen; Änderungsantrag abgelehnt)

Zu diesem TOP liegt ein BV jeweils eines Mitgliedes von DIE LINKE und BÜNDNIS DEUTSCHLAND vor.

Beschluss: Der Beirat Neustadt befürwortet die Errichtung von Standorten für Entsorgungscontainer durch die Bremer Stadtreinigung an folgenden Standorten:

- Bochumer Straße, Verkehrsinsel, Höhe Hausnummer 42
- Niedersachsendamm, Parkstreifen, Höhe Hausnummer 39
- Buntentorsteinweg, Parkstreifen, Höhe Hausnummer 67
- Osterstraße, Parkstreifen, gegenüber der Piepe
- Ecke Neuenlander Straße / Delmestraße

Darüber hinaus nimmt der Beirat Neustadt Abstand von dem am [08.02.24 gefassten Beschluss](#) zur Aufgabe des Containerstandortes in der Theodor-Storm-Straße und wünscht, dass dieser erhalten bleibt, da er nach Einschätzung der Bremer Stadtreinigung zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und zur ausreichenden Abdeckung der Neustadt mit Entsorgungscontainern notwendig ist. (einstimmig bei einer Enthaltung)

TOP 5. Beschlussfassung zu „Wasserpest im Werdersee“

Der BS führt einleitend aus, dass am [04.09.25 zu diesem Thema eine Infoveranstaltung](#) stattgefunden habe, bei der das Umweltressort ausführlich dargestellt habe, was aktuell getan werde, um die Wasserpest zu beseitigen. Dieser TOP sei vorgesehen, um dem Umweltressort zu verdeutlichen, was die Neustadt fordere, um den Werdersee als zentrales Naherholungsgebiet weiter nutzen zu können.

Zu diesem TOP liegt ein BV von B90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS DEUTSCHLAND vor.

Beschluss: Der Beirat Neustadt begrüßt, dass bis Frühling 2026 ein umfassendes Konzept zum Umgang mit der Wasserpest im Werdersee entwickelt wird. Ebenso begrüßt der Beirat Neustadt, dass erste Maßnahmen ergriffen wurden und werden, damit der Werdersee insbesondere als Naherholungsgebiet und als Sportfläche wieder zur Verfügung steht.

- Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft und den Senator für Inneres und Sport auf, ausreichend Mittel sowohl für weitere Sofortmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, als auch für Maßnahmen, die eine langfristige Lösung dieses Problems herbeiführen, damit derart schwere Beeinträchtigungen der Nutzung des Werdersees für Badewillige, Erholungssuchende und Sporttreibende wie in diesem Jahr in 2026 nicht wieder vorkommen.

- Der Beirat Neustadt betont aber auch, dass der Werdersee eine stadtweite Bedeutung hat und fordert den Senat auf, auch in seiner Gesamtheit die Verantwortung zu übernehmen, den Kampf gegen die Wasserpest zu unterstützen.

Der Beirat Neustadt fordert, frühzeitig in jegliche Kommunikation und Entscheidungsfindung seitens der betroffenen Behörden eingebunden zu werden. Die Öffentlichkeit wird in angemessener Form ebenfalls regelmäßig unterrichtet. Das finale Konzept zur Bekämpfung der Wasserpest muss öffentlich im Beirat vorgestellt werden. (einstimmig)

TOP 6. Beschlussfassung zu Globalmittelanträgen

- a) Neustadt Stadtteilmanagement e.V., „Neustadt im Wandel – von Damals bis Morgen“, Antragsumme: 3.523,56 € (Nr. 40/2025)

Frau Henkel ist persönlich anwesend und berichtet kurz über das Projekt.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem Neustadt Stadtteilmanagement e.V. 3.523,56 € aus seinen Globalmitteln für die Durchführung des Projektes „Neustadt im Wandel – von Damals bis Morgen“ zur Verfügung. (einstimmig)

- b) Schulverein der Grundschule Gartenstadt Werdersee e.V., „Ausstattung mit circuspädagogischem Material“, Antragsumme: 946,00 € (Nr. 41/2025)

Frau Kenter und Herr Menne erläutern kurz die Notwendigkeit der Förderung.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem Schulverein der Grundschule Gartenstadt Werdersee e.V. 946,00 € aus seinen Globalmitteln für die „Ausstattung mit circuspädagogischem Material“ zur Verfügung. (einstimmig)

- c) Schulverein der Inge-Katz-Schule e.V., „Teilnahme am sucht- und gewaltpräventivem Tanzprojekt „Kribbeln im Bauch“, Antragsumme: 3.490,00 € (Nr. 42/2025)

Zu diesem Antrag berichten zwei Vertreter:innen der Inge-Katz-Schule kurz persönlich.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem Schulverein der Inge-Katz-Schule e.V. 3.490,00 € aus seinen Globalmitteln für die Durchführung des Projektes „Kribbeln im Bauch“ zur Verfügung. (einstimmig)

- d) SoFa e.V., „Herbstferienaktionen“, Antragsumme: 1.603,20 € (Nr. 43/2025)

Frau Jedding berichtet kurz persönlich über die Gründe für die Antragstellung.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem SoFa e.V. 1.603,20 € aus seinen Globalmitteln für die Durchführung der „Herbstferienaktionen“ zur Verfügung. (einstimmig)

- e) Initiativantrag des Beirates Neustadt, Erneuerung der Gedenktafel der Familie Dickel, Antragsumme: 2.000,00 € (Nr. 48/2025)

Der BS erklärt hierzu, dass er sich bei der Firma bedanke, die die Stelen wiederaufarbeite und dies extra günstiger anbiete, weil es eine wichtige Botschaft sei.

Er betont, dass ursprünglich ausschließlich von einer verunstalteten Stele ausgegangen worden sei. Nach kürzlich stattgefundener Rücksprache mit dem Verein „Erinnern für die Zukunft“ sei deutlich geworden, dass es sich um Vandalismus an vier Stelen handle. Daher falle der Initiativantrag nun umfangreicher aus und umfasse natürlich auch die Stele der Familie Dickel.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem Verein „Erinnern für die Zukunft“ aus seinen Globalmitteln bis zu 2.000,00 € zur Verfügung um die vier beschädigten DENKORTE-Stelen in der Neustadt zu erneuern. (einstimmig)

Begründung: Die DENKORTE-Stelen erinnern in der Neustadt an die Verbrechen der NS-Zeit und sind ein wichtiger Teil der lokalen Erinnerungskultur. Der jüngste, offensichtlich rechtsextrem motivierte Vandalismus versucht diese Arbeit zu verunglimpfen und das gesellschaftliche Erinnern zu schwächen.

Der Beirat Neustadt verurteilt die mutwilligen, rechtsextremistisch motivierten Beschädigungen an den DENKORTE-Stelen im Stadtteil aufs Schärfste. Solche Taten stellen nicht nur Angriffe auf die Erinnerungskultur und das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus dar, sondern sind Ausdruck von Rechtsextremismus und Geschichtsrevisionismus, denen wir als demokratische Stadtteilgesellschaft entschieden entgegenreten.

Der Beirat Neustadt bekennt sich klar zu einer offenen, toleranten und geschichtsbewussten Stadtteilgesellschaft und übernimmt deshalb konsequent die Kosten der Erneuerung der Stelen.

TOP 7. Verschiedenes

- ./.

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Fionn Heinemann
Sitzungsleitung

Viktoria Hochlan
Protokollführung